



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

14. hét

2018.04.03.

ZUSAMMENFASSUNG

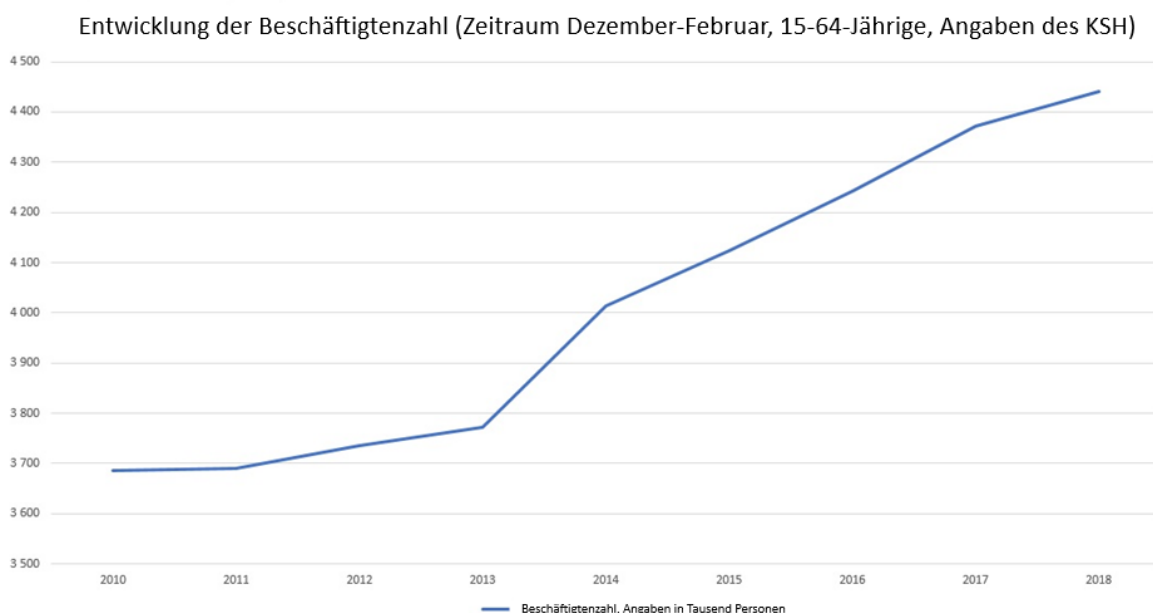
- **SEIT 68 MONATEN SINKT DIE ARBEITSLOSIGKEIT.** Nach Angaben des Zentralamtes für Statistik (KSH) lag die Anzahl der Beschäftigten zuletzt um durchschnittlich 70.000 Personen höher als vor einem Jahr, während die durchschnittliche Erwerbslosenzahl zur gleichen Zeit um 25.000 Personen sank. Im Ergebnis der seit 68 Monaten anhaltend sinkenden Arbeitslosigkeit ist die Erwerbslosenquote in Ungarn auf 3,8 Prozent gefallen, den viertniedrigsten Wert innerhalb der Europäischen Union.
- **VERSCHLECHTERTE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT IN DEN EINWANDERUNGSFREUNDLICHEN LÄNDERN.** In den die Einwanderung befürwortenden Ländern verhält es sich zunehmend schlechter mit der öffentlichen Sicherheit. Die Anzahl der durch die Migranten verübten erbarmungslosen Straftaten nimmt ständig zu, in welchem Zusammenhang mehr und mehr Menschen ihre Sympathie mit den Ländern Mittel- und Osteuropas zeigen, weil diese ihre Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen systematisch intensivieren und auf die Migrationskrise in erster Linie aus Sicherheitsaspekten zu reagieren versuchen.
- **UNDURCHSICHTIGE ZIELE IM OPPOSITIONSLAGER.** Kurz vor den Parlamentswahlen gibt es im Oppositionslager noch immer keine Vereinbarung, welche Parteien in den einzelnen Direktwahlkreisen ihre Kandidaten zurückziehen werden und wer als aussichtsreichster Kandidat der Opposition gilt. Daneben übersehen die Oppositionsparteien den Fakt, dass eine Wahl mehr als eine rein mathematische Formel ist.
- **DER ANTEIL DER WÄHLER, DIE EINE WEITERE AMTSZEIT VON VIKTOR ORBÁN WÜNSCHEN, NAHM WEITER ZU; KARÁCSONY UND SZÉL HABEN VONA ÜBERHOLT.** Im Kreis der erwachsenen Gesamtbevölkerung würden 50 Prozent Viktor Orbán erneut zum Ministerpräsidenten wählen, geht aus einer Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts hervor. Ausgehend von dieser Erhebung wurde Gábor Vona im Wettstreit um den beliebtesten Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten mittlerweile sogar von Gergely Karácsony und Bernadett Szél überholt.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Seit 68 Monaten sinkt die Arbeitslosigkeit

Nach Angaben des Zentralamtes für Statistik (KSH) lag die Anzahl der Beschäftigten zuletzt um durchschnittlich 70.000 Personen höher als vor einem Jahr, während die durchschnittliche Erwerbslosenzahl zur gleichen Zeit um 25.000 Personen sank. Im Ergebnis der seit 68 Monaten anhaltend sinkenden Arbeitslosigkeit ist die Erwerbslosenquote in Ungarn auf 3,8 Prozent gefallen, den viertniedrigsten Wert innerhalb der Europäischen Union.

Im Zeitraum Dezember 2017 bis Februar 2018 belief sich die durchschnittliche Beschäftigtenzahl auf 4,441 Millionen Personen, 70.000 mehr, als ein Jahr zuvor. Dieser Anstieg ist dem primären Arbeitsmarkt zu verdanken, wo 129.000 Personen mehr arbeiteten, während die Zahl der Personen in öffentlichen Arbeitsprogrammen um 40.000 sowie die Zahl der im Ausland auf Entsendung beschäftigten Personen um 20.000 sank. Der Anstieg in der Beschäftigtenzahl kam zustande, obgleich aufgrund saisonaler Effekte gewöhnlich zu Jahresbeginn eine geringere Beschäftigtenzahl registriert wird.



Die Beschäftigungsquote von Personen zwischen 20 und 64 Jahren legte in Ungarn um 1,8 Prozentpunkte auf 73,9 Prozent zu. Damit rückten wir erneut den Zielstellungen der Strategie „Europa 2020“ ein Stückchen näher, die für diese Altersgruppe eine Beschäftigungsquote von 75 Prozent vorgibt. In Ungarn ist die Beschäftigungsquote bezüglich besagter Altersgruppe aktuell bei den Männern auf 81,8 Prozent gestiegen, während sich diese bei den Frauen innerhalb der Fehlertoleranz bewegte, so dass die Beschäftigungsquote in ihrem Kreis aktuell bei 66,2 Prozent angelangt ist.

Das früher abgeschlossene sechsjährige Programm von Tarifvereinbarungen und Steuersenkungen dürfte weiterhin belebend auf den Arbeitsmarkt wirken, indem es zum einen die Bereitschaft stimuliert, Arbeit aufzunehmen, und zum anderen die ungarischen Arbeitskräfte motiviert, im Lande zu bleiben. Die Regierung legt neben der Aktivierung der Arbeitskraftreserven eine Betonung auf die Stimulierung von Mobilität beziehungsweise die Stärkung der Berufsausbildung und der Erwachsenenbildung. Das wird vonnöten sein, denn Analysten rechnen damit, dass der „Appetit“ der Unternehmen auf Arbeitskräfte weiter zunimmt. Am Jahresende dürfte sich die Erwerbslosenquote um 3,6 Prozent bewegen, gepaart mit einer im Großen und Ganzen 10 Prozent erreichenden Zunahme der Nettolöhne.

AUSSENPOLITIK, AUSSENWIRTSCHAFT

Verschlechterte öffentliche Sicherheit in den einwanderungsfreundlichen Ländern

In den die Einwanderung befürwortenden Ländern verhält es sich zunehmend schlechter mit der öffentlichen Sicherheit. Die Anzahl der durch die Migranten verübten erbarmungslosen Straftaten nimmt ständig zu, in welchem Zusammenhang mehr und mehr Menschen ihre Sympathie mit den Ländern Mittel- und Osteuropas zeigen, weil diese ihre Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen systematisch intensivieren und auf die Migrationskrise in erster Linie aus Sicherheitsaspekten zu reagieren versuchen.

In Frankreich begehen Personen mit Migrationshintergrund eine steigende Anzahl an Straftaten. In den vergangenen Tagen ereigneten sich wieder zwei erschütternde Fälle in dem Land. In Carcassonne kam es zu einem Terrorattentat, bei dem vier Menschen ums Leben kamen, der zweite Fall war die

brutale Ermordung einer 85-Jährigen in Paris, die noch den Holocaust überlebt hatte. Unter dem Eindruck dieser Geschehnisse richtete der französische Journalist Yann Valerie einen Offenen Brief an die Visegrád-Staaten, in dem er seine Sympathie dafür zum Ausdruck brachte, wie diese Länder mit der Migrationskrise umgehen, und den einwanderungsfreundlichen Staaten dazu riet, dem Beispiel der Länder der Visegrád-Gruppe zu folgen. Die Probleme in Verbindung mit der Migration haben derweil in Deutschland das Schulwesen infiltriert. Immer häufiger treten muslimische Schüler beleidigend, bedrohend oder gewalttätig gegenüber Nicht-Muslimen und dabei in erster Linie gegenüber jüdischen Kindern auf. In Schweden beunruhigt die Menschen ebenfalls die hohe Anzahl an Straftaten. Der schwedische Parlamentsabgeordnete Kent Ekeröth hat deshalb entschieden, nach Ungarn zu ziehen. Der Abgeordnete hob hervor, Ungarn verwende große Aufmerksamkeit auf die Bewahrung seiner Kultur, Schweden sollte dringend die ungarische Migrationspolitik annehmen.

Der Fall der drei genannten Länder beleuchtet, dass die durch die illegalen Einwanderer verursachten Probleme die einwanderungsfreundlichen Länder zunehmend gefährlicher machen. Infolgedessen glauben immer mehr Menschen in den einwanderungsfreundlichen Ländern, dass ihre politischen Führungen falsche Entscheidungen getroffen haben, als sie dem Migrantenstrom freies Geleit gaben. Wenn die Führungen der einwanderungsfreundlichen Länder dies nicht erkennen, werden sie sich früher oder später mit ihren Wählern konfrontiert sehen, was den Verlust politischer Positionen nach sich ziehen kann. Ebenso kann eine Migration mit umgekehrten Vorzeichen einsetzen, bei der die Bewohner der betreffenden Länder in sichere Länder auswandern, wie Ungarn eins ist.

Es lässt sich sagen, dass in Verbindung mit der Migration auch weiterhin zwei entgegengesetzte Standpunkte – Aufnahme der Migranten versus Sicherung der Grenzen – in der Europäischen Union dominant sind. Im Geiste des Sicherheitsgedankens sind es Länder Mittel- und Osteuropas, die sich um die Bewahrung von Sicherheit und Ordnung bemühen. Ein Beispiel hierfür ist die Mitteleuropäische Verteidigungskooperation, die sich bei ihren Beratungen in Budapest den Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union sowie den Stop der illegalen Einwanderung und des Terrorismus zum Ziel setzte. Verteidigungsminister István Simicskó erklärte, dass man darüber hinaus innerhalb der Visegrád-Gruppe die militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit stärken wolle, um damit einer Entwicklung vorzugreifen, die auch in unserer Region zu Ereignissen wie in Frankreich und Deutschland führen könnte.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

Undurchsichtige Ziele im Oppositionslager

Kurz vor den Parlamentswahlen gibt es im Oppositionslager noch immer keine Vereinbarung, welche Parteien in den einzelnen Direktwahlkreisen ihre Kandidaten zurückziehen werden und wer als aussichtsreichster Kandidat der Opposition gilt. Daneben übersehen die Oppositionsparteien den Fakt, dass eine Wahl mehr als eine rein mathematische Formel ist.

In Debrecen geht das Taktieren unter den Oppositionskandidaten weiter. Der Jobbik-Kandidat Róbert Herpergel riet der örtlichen MSZP-Kandidatin, Zita Gurmai, zu seinen Gunsten zurückzutreten. Seine Aussage rechtfertigte er mit den Worten, in dem traditionell konservativen Wahlkreis habe Zita Gurmai ohnehin keine Chance, weshalb sie besser aus dem Wettbewerb ausscheiden sollte, um eine Aufsplitterung der Oppositionsstimmen zu vermeiden. Zuvor hatte der örtliche Jobbik-Vorsitzende Ábel Kőszeghy behauptet, man werde für niemanden zurücktreten und erwarte das auch von niemandem für die eigenen Kandidaten.

In der Innenstadt von Budapest werden ebenfalls die Konsultationen über eventuelle Rücktritte fortgesetzt. Der Együtt-Vorsitzende Péter Juhász gab seinen Rückzug bekannt, woraufhin der Vorsitzende der Momentum-Bewegung und in diesem Wahlkreis antretende András Fekete-Győr vorschlug, eine Meinungsumfrage in Auftrag zu geben, auf deren Grundlage entschieden werden sollte, wer seine Kandidatur zurückzieht. Gestützt auf Messungen der „Bewegung Gemeinsames Land“ (KOM) warf der LMP-Kandidat Antal Csárdi ein, die übrigen Kandidaten der Opposition müssten zu seinen Gunsten zurücktreten. Die Sozialisten erklärten, im gegebenen Fall ihre Kandidatin Márta V. Naszályi zurückzuziehen, aber nur in dem Fall, wenn die LMP zu gleichen Schritten in anderen Wahlkreisen bereit sei.

Diese taktischen Rücktritte von Kandidaten werden die darin gesetzten Hoffnungen aber kaum erfüllen können. Wegen der ideologischen Differenzen zwischen den einzelnen Parteien ist es eher unwahrscheinlich, dass die Wähler einen weltanschaulich von ihren Ansichten weit entfernten Kandidaten unterstützen werden, nur um den Kandidaten der Regierungsparteien auf diese Weise bezwingen zu können. Die von diesem Taktieren enttäuschten Wähler könnten durchaus die

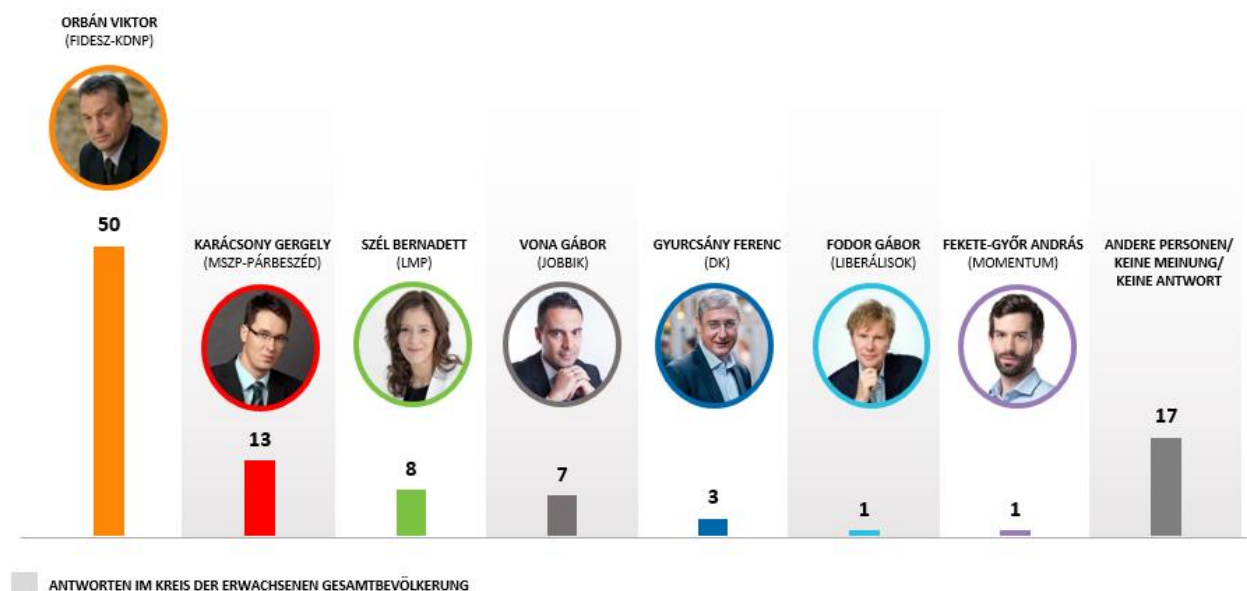
Entscheidung treffen, lieber zu Hause zu bleiben, womit die einen Regierungswechsel anstrebenden Kräfte wertvolle Stimmen verlieren könnten.

Der Anteil der Wähler, die eine weitere Amtszeit von Viktor Orbán wünschen, nahm weiter zu; Karácsony und Szél haben Vona überholt

Im Kreis der erwachsenen Gesamtbevölkerung würden 50 Prozent Viktor Orbán erneut zum Ministerpräsidenten wählen, geht aus einer Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts hervor. Ausgehend von dieser Erhebung wurde Gábor Vona im Wettstreit um den beliebtesten Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten mittlerweile sogar von Gergely Karácsony und Bernadett Szél überholt.

Im Wettstreit um das Amt des Ministerpräsidenten unterstützen 50 Prozent der erwachsenen Gesamtbevölkerung Viktor Orbán, während hinter Gergely Karácsony gerade einmal 13 Prozent, hinter Bernadett Szél 8 Prozent stehen, Gábor Vona 7 Prozent, Ferenc Gyurcsány 3 Prozent, Gábor Fodor sowie András Fekete-Győr jeweils 1 Prozent der Wähler hinter sich wissen.

FRAGE: WENN HEUTE SIE ENTSCHEIDEN KÖNNTEN, WER REGIERUNGSCHEF SEIN SOLL, FÜR WELCHE UNTER DEN NACHFOLGENDEN PERSONEN WÜRDEN SIE STIMMEN?



Das Nézőpont-Institut nimmt seit knapp drei Jahren (seit dem Mai 2015) regelmäßige Forschungen in Verbindung mit der unmittelbaren Sympathie für die Spitzenkandidaten der Parteien vor. Damals

standen 32 Prozent der Ungarn hinter Viktor Orbán. Bemerkenswert erscheint, dass Gábor Vona im Verlauf der vergangenen knapp drei Jahre kein einziges Mal von mehr als 13 Prozent der Wähler unterstützt wurde (dieses Ergebnis erzielte der Jobbik-Vorsitzende noch im August 2015). Dieses Mal fanden obendrein Gergely Karácsony und Bernadett Szél mehr Anhänger im Wettstreit um das Amt des Ministerpräsidenten, als Gábor Vona.

FRAGE: WENN SIE ENTSCHEIDEN KÖNNTEN, WER MINISTERPRÄSIDENT SEIN SOLL, WEN UNTER DEN NACHFOLGENDEN PERSONEN WÜRDEN SIE WÄHLEN?

*TREND | ERWACHSENE GESAMTBEVÖLKERUNG



PROGNOSE

- Am 3. April endet die Unterschriftensammlung der Initiative **Minority SafePack**. Sofern eine Million gültige Unterschriften zusammenkommen, muss sich die Europäische Kommission mit der Lage der autochthonen Minderheiten in Europa befassen.
- Für den 4. April haben die Nationalen Radikalen den Spitzenkandidaten der Jobbik, **Gábor Vona**, zu einer öffentlichen Diskussion geladen. Die Nationalen Radikalen sind der Ansicht, dass die gegenwärtige Regierung bleiben müsse.
- Am 6. April hält die DK mit ihren Sympathisanten im Budapester Szent István-Park eine Versammlung gegen die Orbán-Regierung ab.
- Am 8. April finden Parlamentswahlen in Ungarn statt.